

Wir veröffentlichen Obamas Brüsseler "Rede an die Jugend Europas" – die trotz des heutigen Datums leider nicht als Aprilscherz zu werten ist – in eigener Übersetzung und drucken dazu einen unverändert aus der World Socialist Web Site übernommenen Kommentar ab.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 061/14 – 01.04.14**

Rede des US-Präsidenten an die Jugend Europas

Palais des Beaux Arts, Brüssel, Belgien

The White House, Office of the Press Secretary

Zur sofortigen Veröffentlichung, 26.03.2014

(<http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/03/26/remarks-president-address-european-youth>)

PRÄSIDENT OBAMA: Danke sehr. Danke. [Beifall]. Nehmen Sie bitte Platz. Good evening, bonsoir, guten Abend. [Beifall]. Danke, Laura, für diese bemerkenswerte Einführung. Bevor sie herauskam, sagte sie zu mir, ich solle nicht nervös sein. [Lachen] Ich kann mir nur vorstellen – ich denke, dass ihr Vater im Publikum ist – und ich kann mir nur vorstellen, wie stolz er auf sie ist. Wir sind für ihre Arbeit sehr dankbar, aber sie erinnert uns auch daran, dass unsere Zukunft von jungen Menschen wie ihr abhängt.

Majestäten, Herr Premierminister, liebe Belgier, im Auftrag der amerikanischen Volkes möchte ich Ihnen für Ihre Freundschaft danken. Wir stehen als unzertrennliche Verbündete zusammen. Und ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre wunderbare Gastfreundschaft. Ich muss zugeben, dass es leicht ist, ein Land zu lieben, das wegen seiner Schokolade und wegen seines Bieres so berühmt ist. [Lachen]

Vertreter der Europäischen Union, Repräsentanten unseres NATO-Bündnisses, verehrte Gäste, wir treffen uns hier in einer Zeit der Prüfung für Europa, für die Vereinigten Staaten und für die internationale Ordnung, an deren Aufbau viele Generationen mitgearbeitet haben. In der menschlichen Geschichte haben Gesellschaften immer mit grundsätzlichen Fragen gerungen – wie sie sich organisieren sollen, wie die Beziehungen zwischen Individuen und dem Staat aussehen sollen und wie die unvermeidlichen Konflikte zwischen Staaten am besten zu lösen sind.

Und gerade hier in Europa ist im Laufe von Jahrhunderten des Kampfes durch Krieg und Aufklärung, durch Unterdrückung und Revolution ein besonderer Kanon von Idealen entstanden – der Glaube, dass jeder das Recht auf ein Leben hat, das nur von seinem Gewissen und seinem freien Willen bestimmt ist, der Glaube, dass sich Macht nur aus der Zustimmung der Regierten entwickeln darf, und die Einsicht, dass Gesetze und Einrichtungen notwendig sind, um solche Übereinkünfte zu schützen.

Für diese Ideen haben sich auch Kolonisten begeistert, die über den Ozean nach Amerika ausgewandert sind; und dort haben sie die Gründungsdokumente aufgeschrieben, die Amerika heute noch leiten – einschließlich der einfachen Wahrheit, dass alle Männer, und Frauen gleich geschaffen wurden.

Diese Ideale haben sich hier in Europa und auf der ganzen Welt bewährt. Diese Ideale waren aber auch häufig durch ältere, überholte Ansichten über die Macht bedroht. Diese alternative Auffassung besagt, dass normale Männer und Frauen zu engstirnig seien, um

ihre eigenen Angelegenheiten regeln zu können, dass es Ordnung und Fortschritt nur geben könne, wenn die Menschen ihre Rechte an einen allmächtigen Souverän abtreten. Häufig wurzelt diese alternative Auffassung auch in der Behauptung, dass einige Menschen auf Grund ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit von Natur aus höher als andere einzustufen seien, und dass sich individuelle Identität aus dem Gegensatz zwischen "uns" und "denen" definiere, oder dass nationale Größe sich nicht daran zeige, wofür, sondern wogegen die Menschen sind.

Die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert wurde auf vielfältige Weise vom andauernden Konflikt zwischen diesen beiden unterschiedlichen Auffassungen geprägt – sowohl innerhalb einzelner Nationen als auch zwischen verschiedenen Nationen. Mit dem Fortschritt in der Industrie und in der Technologie hat unsere Fähigkeit, unsere Meinungsunterschiede friedlich auszutragen, leider nicht Schritt gehalten; deshalb kam es sogar in den oberflächlich am stärksten zivilisierten Gesellschaften zu Rückfällen in die Barbarei.

Heute Morgen auf dem Friedhof in Flandern wurde ich daran erinnert, dass durch den Streit zwischen Völkern in den Gräben und Gasangriffen des Ersten Weltkriegs eine ganzen Generation zu Tode kam. Und nur zwei Jahrzehnte später stürzte extremer Nationalismus diesen Kontinent erneut in einen Krieg; ganze Bevölkerungen wurden versklavt, große Städte in Trümmer gelegt, und viele Millionen Menschen wurden abgeschlachtet, darunter auch diejenigen, die im Holocaust ihr Leben verloren.

Als Reaktion auf diese tragische Geschichte hat sich Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg mit Europa zusammengeschlossen, um die dunklen Kräfte der Vergangenheit zu überwinden und eine neue Architektur des Friedens aufzubauen. Arbeiter und Ingenieure haben den Marshall-Plan (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Marshallplan>) in Gang gesetzt. Und die NATO-Allianz, das stärkste Militärbündnis der Weltgeschichte, hat die Funktion des Wächters übernommen. Über den Atlantik hinweg haben wir die Vision von einem geeinten Europa entwickelt, das auf die repräsentative Demokratie, die Bürgerrechte und den Glauben aufgebaut ist, dass Staaten die Interessen ihrer Bürger am besten durch Handel und offene Märkte wahrnehmen können, ein Netz sozialer Sicherheit brauchen und den Respekt für Menschen anderer Religion und anderer Herkunft garantieren müssen.

Jahrzehntelang stand diese Vision in scharfem Gegensatz zu dem Leben auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs. Jahrzehntelang standen wir im Wettstreit, und diesen Wettstreit haben wir am Ende gewonnen – nicht mit Panzern oder Raketen, sondern weil unsere Ideale die Herzen der Ungarn rührten und dort eine Revolution entfachten (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Ungarischer_Volksaufstand), weil sich Polen in ihren Schiffswerften solidarisierten (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Solidarno%C5%9B%C4%87>), weil Tschechen eine "Samtene Revolution" wagten, bei der kein Schuss fiel (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Samtene_Revolution), und weil Ostberliner die Angst vor ihren Wächtern überwandten und endlich diese Mauer niederrissen.

Heute ist wahr geworden, was in den Gräben in Flandern, in den Trümmern Berlins oder in der Gefängniszelle eines Dissidenten noch unvorstellbar war: Deutschland ist wiedervereint und die Staaten Mittel- und Osteuropas gehören wieder zur Familie der Demokratien. Hier in diesem Land, das einst das Schlachtfeld Europas war, treffen wir uns im Herzen einer Union, die uralte Gegner in Frieden und Zusammenarbeit vereinigt. Die Völker Europas – Hunderte von Millionen Menschen im Osten, Westen, Norden und Süden – sind heute sicherer und wohlhabender, weil wir gemeinsam für die Ideale eingetreten sind, die wir teilen.

Und diese Geschichte des menschlichen Fortschritts blieb keineswegs auf Europa beschränkt. Die Ideale, auf denen unser Bündnis beruht, haben (Freiheits-)bewegungen auf

der ganzen Erde inspiriert – auch und gerade unter den Völkern, denen westliche Mächte so lange die Bürgerrechte verweigert haben. Nach dem Zweiten Weltkrieg warfen Menschen von Afrika bis nach Indien das Joch des Kolonialismus ab und sicherten sich ihre Unabhängigkeit. In den Vereinigten Staaten brachen Bürger zu Freiheitsmärschen auf und ließen sich sogar schlagen, um die Rassentrennung zu überwinden und ihre Bürgerrechte durchzusetzen (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Martin_Luther_King). Als der Eiserne Vorhang hier in Europa fiel, wurde auch die Eisenfaust der Apartheid gesprengt, und Nelson Mandela kam ungebrochen und stolz aus dem Gefängnis, um in Südafrika eine Vielvölkerdemokratie aufzubauen. Lateinamerikanische Staaten warfen die Zwangsherrschaft ab und bauten neue Demokratien auf; auch asiatische Staaten zeigten, dass Entwicklung und Demokratie Hand in Hand gehen können.

Die jungen Leute in diesem Publikum, junge Leute wie Laura, wurden in einem Land und in einer Zeit mit weniger Konflikten, mehr Wohlstand und mehr Freiheit als jemals zuvor in der menschlichen Geschichte geboren. Das heißt aber nicht, dass die dunkelsten Impulse des Menschen verschwunden sind. Sogar auf dem Balkan hier in Europa hat es vor Kurzem noch ethnische Säuberungen gegeben, die das Gewissen erschütterten.

Die Schwierigkeiten mit der Integration und der Globalisierung haben kürzlich die schlimmste Wirtschaftskrise in unserer Lebenszeit hervorgerufen, das europäische Projekt schwer beeinträchtigt und politische Strömungen gestärkt, die allzu häufig Stimmung gegen Einwanderer, Homosexuelle und alle Menschen machen, die irgendwie andersartig zu sein scheinen.

Obwohl die Technologie großartige innovative Möglichkeiten für den Handel und den Kulturaustausch eröffnet hat, gibt es immer noch Tausende von Terroristen, die in großem Maßstab Menschen umbringen. Rund um die Welt fordern Religionskriege und ethnische Konflikte Tausende von Menschenleben. Und immer noch begegnen wir der Auffassung, dass größere Staaten kleinere Länder, die ihnen im Weg sind, drangsalieren können – also der Maxime, dass Macht das Recht außer Kraft setzen darf.

Deshalb möchte ich hier und heute darauf aufmerksam machen, dass wir die in Europa und in anderen Weltgegenden erzielten Fortschritte niemals als selbstverständlich ansehen dürfen, weil der Wettstreit der Ideen auch für Ihre heutige Generation weitergeht. Gerade stehen unsere Ideale in der Ukraine auf dem Spiel. Die Führung Russlands stellt Erregungenschaften in Frage, die noch vor ein paar Wochen selbstverständlich schienen – dass die Grenzen Europas im 21. Jahrhundert nicht mit Gewalt neu gezogen werden dürfen, dass das Völkerrecht für alle gilt und dass Menschen und Nationen über ihre Zukunft selbst zu entscheiden haben.

Um ehrlich zu sein, wir könnten uns auch kaltherzig abwenden und einfach wegsehen. Unsere Wirtschaft wird durch die Entwicklungen in der Ukraine nicht tangiert. Die US-Bürger und unser Heimatland sind durch die Invasion auf der Krim nicht direkt bedroht. Die Grenzen unseres Staates sind durch die Annexion der Krim durch Russland nicht gefährdet. Aber wenn uns das alles kalt ließe, würden wir auch die Lehren ignorieren, die wir aus den Soldatenfriedhöfen auf diesem Kontinent ziehen müssen. Wir würden zulassen, dass auch in unserem noch jungen Jahrhundert alte Denkweisen wieder Fuß fassen können. Und diese Botschaft würde nicht nur in Europa, sondern auch in Asien, Südamerika, in Afrika und im Mittleren Osten gehört.

Die möglichen Folgen unserer Gleichgültigkeit wären nicht abstrakt. Der Einfluss, den sie auf das Leben der Menschen – auch auf das der Männer und Frauen in diesem Saal – hätten, muss uns bewusst werden. Schauen wir doch einmal auf die jungen Menschen in

der Ukraine, die ihre Zukunft nicht mehr länger einer korrupten Regierung überlassen wollten, auf die Opfer der Scharfschützen (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP04614_140314.pdf) und auf die Besucher, die auf dem Maidan um sie trauern. Da war auch ein Student zu sehen, der sich in eine ukrainische Fahne gehüllt hatte und damit seine Hoffnung ausdrücken wollte, bald auch in einem Rechtsstaat leben zu können." Ein Doktorand, der für seine Kommilitonen sprach, sagte: "Ich möchte, dass auch die Menschen hier bei uns in Würde leben können." Denken Sie auch an die junge Frau, die sagte, "Es gibt einige Dinge, die durch Angst, Schlagstöcke und Tränengas nicht zerstört werden können."

Wir haben diese Menschen zwar nicht persönlich getroffen, aber wir kennen sie. Ihre Stimmen rufen nach Menschenwürde, wie das die Stimmen vergangener Generationen auf vielen Straßen und Plätzen in anderen europäischen Ländern getan haben. Ihre Stimmen sind das Echo der Stimmen anderer Menschen, die anderswo auf der Welt um ihre Würde kämpfen. Diese Ukrainer haben eine Regierung gestürzt, die sie bestohlen hat, anstatt ihnen zu dienen; sie streben nach den gleichen Idealen, unter denen wir uns heute hier versammelt haben.

Niemand von uns kann mit Sicherheit sagen, was die kommenden Tage der Ukraine bringen werden, ich bin aber überzeugt davon, dass sich schließlich die vernünftigen Stimmen durchsetzen – die Stimmen, die nach Menschenwürde, Chancen, Bürgerrechten und Rechtsstaatlichkeit rufen. Ich glaube, dass die Zukunft auf lange Sicht uns gehört, weil sich die Staaten und die Menschen befreien werden. Ich glaube das nicht, weil ich naiv bin, und ich glaube das auch nicht, weil wir bessere Waffen oder eine stärkere Wirtschaft haben, ich glaube das, weil unsere Ideale die richtigen und universal sind.

Ja, wir glauben an die Demokratie mit freien und fairen Wahlen und Oppositionsparteien, an unabhängige Richter, an die bürgerliche Gesellschaft, an unzensurierte Informationen, aus denen sich jeder seine eigene Meinung bilden kann. Ja, wir glauben an eine offene Wirtschaft, die auf freien Märkten, Innovation, Privatinitiative und eigenverantwortlichen Unternehmen beruht, an freien Handel und Investitionsfreiheit, die einen breiteren Wohlstand schaffen Und, ja, wir glauben auch an die Menschenwürde und daran, dass alle Menschen gleich geschaffen sind – unabhängig davon, wer sie sind, wie sie aussehen, wen sie lieben oder wo sie herkommen. Das alles glauben wir, und das macht uns stark.

Und unsere ausdauernde Stärke kommt auch aus dem Respekt für ein internationales System, das den Staaten und den Menschen ihre Rechte lässt, aus Respekt vor den Vereinten Nationen, vor der Erklärung der Menschenrechte, vor dem Völkerrecht und vor den Institutionen, die diese Rechte schützen. Aber wir wissen auch, dass sich Regeln nicht von selbst durchsetzen; dazu braucht es Menschen und Staaten, die guten Willens sind und helfen, ihnen Geltung zu verschaffen. Und deshalb müssen wir Russlands Völkerrechtsbruch – seinen Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine – verurteilen. Nicht weil wir Russland klein halten wollen, sondern weil wir die Prinzipien, die für Europa und die Welt so wichtig sind, hochhalten müssen.

In den letzten Tagen haben sich die Vereinigten Staaten, Europa und unsere Partner rund um die Welt zum Schutze dieser Ideale und zur Unterstützung des ukrainischen Volkes vereint. Gemeinsam haben wir die russische Invasion der Ukraine verurteilt und die Berechtigung des Referendums auf der Krim zurückgewiesen. Gemeinsam haben wir Russland politisch isoliert, es aus dem G8-Gipfel ausgeschlossen und unsere bilateralen Beziehungen zu Russland eingeschränkt. Durch gemeinsam beschlossene Sanktionen haben wir Russland und diejenigen, die seine Aktionen zu verantworten haben, in die Schranken gewiesen. Und wenn die russische Führung ihren gegenwärtigen Kurs fortsetzt, werden

wir sicherstellen, dass sie noch stärker isoliert wird. Dann werden wir die Sanktionen ausweiten. Die russische Wirtschaft wird dafür bezahlen müssen, und Russlands Ansehen in der Welt wird noch mehr Schaden nehmen.

Und inzwischen werden die Vereinigten Staaten und unsere Verbündeten die Regierung der Ukraine weiter bei der Verfolgung eines demokratischen Kurses unterstützen. Gemeinsam werden wir ein Hilfspaket schnüren, um die ukrainische Wirtschaft zu stabilisieren und die grundlegende Versorgung der Menschen sicherzustellen. Damit kein Missverständnis aufkommt: Weder die Vereinigten Staaten noch Europa sind daran interessiert, die Ukraine unter ihre Kontrolle zu bringen. Wir haben keine Truppen dorthin entsandt. Wir wollen nur, dass die Menschen in der Ukraine ihre Entscheidungen genau so frei treffen können wie die anderen freien Völker auf der Welt.

Wir wollen auch keinen neuen Kalten Krieg. Anders als die Sowjetunion führt Russland keinen Block anderer Staaten an und vertritt auch keine globale Ideologie. Die Vereinigten Staaten und die NATO wollen keinen Konflikt mit Russland. Wir sind seit mehr als 60 Jahren in der NATO vereinigt – aber nicht um andere Länder zu vereinnahmen, sondern um die Freiheit unserer Mitgliedsstaaten zu bewahren. Wir werden uns immer an die Verpflichtung halten, die aus dem Artikel 5 (des Nordatlantikvertrages, s. http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/04/Rechtliche_Grundlagen/Nordatlantikvertrag.html) erwächst, und die Souveränität und territoriale Integrität aller Mitglieder (gegen jeden bewaffneten Angriff) verteidigen. Bei der Einhaltung dieses Versprechens werden wir niemals schwanken; die NATO-Mitgliedstaaten stehen niemals allein.

Heute patrouillieren NATO-Flugzeuge am Himmel über den baltischen Staaten, und wir haben auch unsere Präsenz in Polen verstärkt (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP04814_170314.pdf). Wir sind sogar bereit, noch mehr zu tun. Dazu muss aber jeder NATO-Mitgliedstaat seinen Anteil an der Last tragen und den politischen Willen zeigen, mehr in unsere gemeinsame Verteidigung zu investieren, damit wir die Fähigkeiten weiterentwickeln können, die wir brauchen, um den internationalen Frieden und unsere Sicherheit garantieren zu können.

Natürlich ist die Ukraine (noch) kein Mitglied der NATO – unter anderem wegen ihrer engen und komplizierten Verbindungen mit Russland. Wir haben auch nicht vor, Russland mit militärischer Gewalt von der Krim zu vertreiben oder an einer weiteren Eskalation zu hindern. Aber wenn wir uns einig bleiben, werden auch die Russen erkennen müssen, dass Sicherheit, Wohlstand und Anerkennung nicht mit brutaler Gewalt zu erringen sind. Deshalb bleibt in dieser Krise trotz des materiellen Drucks auf Russland auch die Tür der Diplomatie geöffnet. Ich glaube, dass ein stabiler Frieden zwischen der Ukraine und Russland nur durch Deeskalation und durch einen direkten Dialog zwischen Russland, der Regierung der Ukraine und der internationalen Gemeinschaft zu erreichen ist. Dabei könnten (OECD-)Beobachter sicherstellen, dass die Rechte alle Ukrainer geschützt werden, dass eine Reform der ukrainischen Verfassung in Gang gesetzt wird und dass noch in diesem Frühjahr freie und faire Wahlen stattfinden.

Bis jetzt ist Russland nicht auf unsere diplomatischen Bemühungen eingegangen; es hat die Krim annektiert und entlang der Grenze zur Ukraine starke Streitkräfte massiert. Russland hat diese Aktion damit gerechtfertigt, dass es seine Grenzen sichern und ethnische Russen innerhalb der Ukraine schützen müsse. Dabei gibt es überhaupt keine Beweise dafür, dass es jemals körperliche Gewalt gegen ethnische Russen innerhalb der Ukraine gegeben hat oder geben wird (s. <http://www.tagesspiegel.de/politik/abgehoeertes-telefonat-auf-youtube-timoschenko-verdamnte-russische-hunde-erschliessen/9663798.html> und <http://de.ria.ru/society/20140324/268108034.html>). Außerdem haben auch viele an-

dere Staaten auf der Welt ähnliche Probleme mit ihren Grenzen oder ethnischen Minderheiten im Ausland und deren Ansprüchen auf Souveränität und Selbstbestimmung. Daraus erwachsene Spannungen haben auch andernorts zu Konflikten im Zusammenleben, zu Debatten und zu demokratischen Referenden geführt. Diese schwierigen Probleme müssen aber im Rahmen der jeweils geltenden Verfassung und nach den Bestimmungen des Völkerrechts gelöst werden; Mehrheiten dürfen Minderheiten nicht einfach überstimmen, und große Staaten kleine Länder nicht überrumpeln.

Zur Verteidigung ihrer Aktivitäten hat sich die russische Führung auch auf den (von den USA und der NATO inszenierten) Präzedenzfall Kosovo berufen; dort habe sich der Westen ebenfalls in die Angelegenheiten eines kleineren Staates eingemischt, wie Russland das jetzt in der Ukraine tue (weitere Infos zum russischen Standpunkt unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05514_260314.pdf). Die NATO hat aber nur im Kosovo interveniert, weil die Menschen dort jahrelang und systematisch brutal verfolgt und getötet wurden. Und das Kosovo hat sich erst nach einem die Regeln des Völkerrechts achtenden, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und seinen Nachbarn durchgeführten Referendum von Serbien getrennt. Was in der Krim geschah, ist damit überhaupt nicht zu vergleichen. (Die wahre Kosovo-Story ist nachzulesen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP08512_270412.pdf .)

Russland hat außerdem die Intervention der Vereinigten Staaten im Irak als Beispiel für die Heuchelei des Westens angeführt. Es ist wahr, dass der Krieg gegen den Irak nicht nur in der ganzen Welt, sondern auch in den Vereinigten Staaten heftig diskutiert wurde. Auch ich habe mich an dieser Debatte beteiligt und gegen eine Militärintervention ausgesprochen. Aber auch im Irak hat sich Amerika darum bemüht, das internationale System zu achten. Wir haben kein irakisches Territorium annektiert. Wir haben aus seinen Ressourcen auch keinen Gewinn für uns abgezweigt. Stattdessen haben wir (den vorher grundlos vom Zaun gebrochenen) Krieg beendet und (das verwüstete und völlig zerstrittene) Land wieder seinen Menschen übergeben, die jetzt in einem völlig souveränen irakischen Staat selbst über ihre eigene Zukunft befinden können.

Natürlich sind weder die Vereinigten Staaten noch Europa unseren Idealen immer vollkommen treu, und wir behaupten auch nicht, der alleinige Schiedsrichter zu sein, der befinden darf, was richtig und falsch auf der Welt läuft. Wir sind schließlich auch nur Menschen, und wir stehen immer wieder vor der schweren Wahl, wie wir unsere Macht ausüben sollen. Von anderen unterscheiden wir uns aber dadurch, dass wir Kritik begrüßen, und die Verantwortung annehmen, die mit unserer globalen Führungsrolle verbunden ist.

Wenn wir nach Osten und Süden schauen, sehen wir Staaten, die in Zukunft eine wachsende Rolle auf der Weltbühne spielen werden, und wir halten das für eine gute Entwicklung. Sie widerspiegelt die gleiche Vielfalt, die uns zu einem starken Staat gemacht hat, und die Kräfte der Integration und der Kooperation, die Europa seit Jahrzehnten voranbringen. In einer Welt der Herausforderungen, die immer globaler werden, müssen wir alle ein Interesse daran haben, dass Staaten in eine neue Rolle hineinwachsen und ihren Teil dazu beitragen, dass die internationalen Normen überall gelten.

Unsere wahren Absichten unterscheiden sich also grundsätzlich von denen, die uns Russland in diesen Tagen unterstellt. Es ist absurd zu behaupten – was Stimmen aus Russland, die sich wie Trommelschläge anhören, immer wieder tun – Amerika konspirierte mit irgendwelchen Faschisten in der Ukraine (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP04114_070314.pdf) und lasse es an Respekt vor dem russischen Volk fehlen. Mein Großvater diente zum Beispiel in der Armee Pattons (s. http://de.wikipedia.org/wiki/George_S._Patton) und kämpfte wie viele Ihrer Väter und Großväter gegen

den Faschismus. Wir Amerikaner erinnern uns sehr wohl an die unvorstellbaren Opfer, die das russische Volk im Zweiten Weltkrieg gebracht hat, und bewahren diesen Opfern ein ehrendes Andenken.

Seit dem Ende des Kalten Kriegs haben wir mit allen aufeinanderfolgenden russischen Regierungen zusammengearbeitet, um enge Beziehungen in der Kultur und im Handel und Verbindungen zur internationalen Gemeinschaft aufzubauen – nicht nur, weil wir Russland entgegenkommen wollten, sondern auch in unserem Interesse. Gemeinsam haben wir Nuklearmaterialien vor Terroristen gesichert. Wir haben Russland bei den G8 und in der Welthandelsorganisation willkommen geheißen. Bei der Reduktion der Atomwaffen und bei der Beseitigung der Chemiewaffen Syriens hat die Welt von unserer auf gemeinsamen Interessen und gegenseitigem Respekt beruhenden Zusammenarbeit mit Russland profitiert.

Amerika, Europa und die ganze Welt haben großes Interesse an einem starken und verantwortungsbewussten und nicht an einem schwachen Russland. Wir wollen, dass auch das russische wie jedes andere Volk in Sicherheit, Wohlstand und Würde und voller Stolz auf seine Geschichte leben kann. Das bedeutet aber nicht, dass Russland über seine Nachbarn herfallen kann. Dass Russland weit in die Geschichte zurückreichende Verbindungen zur Ukraine hat, bedeutet nicht, dass es der Ukraine auch ihre Zukunft diktieren kann. Keine noch so laute Propaganda kann von aller Welt erkanntes Unrecht in Recht ummünzen.

Schließlich muss jede Gesellschaft ihren eigenen Kurs einschlagen können. Der von Amerika und Europa eingeschlagene Weg ist nicht der einzige, der zu Freiheit und Gerechtigkeit führt. Aber das grundlegende Prinzip, dass alle Staaten und Völker das Recht haben, ihre eigene Wahl zu treffen, steht in der Ukraine auf dem Spiel und darf nicht aufgegeben werden. Nicht die Amerikaner haben den Maidan mit Protestierenden gefüllt (Gegenbeweise finden sich unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20113_221213.pdf , http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP04114_070314.pdf , http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP04614_140314.pdf und http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP04714_160314.pdf), sondern die Ukrainer. Keine ausländischen Anstifter haben die Menschen in Tunesien und Tripolis dazu aufgestachelt, sich zu erheben, sie haben das ganz allein getan. Wenn Parlamentarier in Myanmar Reformen fordern oder junge Führungskräfte in Afrika gegen Bestechung und Intoleranz kämpfen, sehen wir in ihnen eine Sehnsucht, die alle Menschen haben – dass sich trotz Gewalt und Repression die Wahrheit durchsetzen möge.

Die jungen Leute, die heute hier sind, meinen vielleicht, dass die Ereignisse in fernen Ländern nichts mit ihrem täglichen Leben und Arbeiten zu tun haben und dass ihnen andere Dinge näherliegen. Ich weiß, dass es auch in den Vereinigten Staaten und in Europa mehr als genug zu tun gibt und dass wir uns auch um die Probleme in unseren eigenen Ländern kümmern müssen. Es wird immer Stimmen geben, die sagen, dass uns Geschehnisse in anderen Teilen der Welt nichts angehen, weil sie nicht in unserer Verantwortung liegen. Wir dürfen aber niemals vergessen, dass wir den Kampf um die Freiheit geerbt haben. Unsere Demokratie und unsere individuelle Freiheit bestehen nur, weil andere, die vor uns kamen, die Weisheit und den Mut hatten, anzuerkennen, dass unsere Ideale nur überleben werden, wenn wir – auch aus Eigennutz – anderen Völkern und Staaten zum Erfolg verhelfen.

Jetzt ist nicht die Zeit für Kraftmeierei. Für die Krisen in der Ukraine und in vielen Teilen der Welt gibt es keine leichten Antworten und keine militärische Lösung. Trotzdem müssen wir uns der Herausforderung für unsere Ideale und unsere internationale Ordnung stellen – mit (innerer) Stärke und Überzeugungskraft.

Auch in Europa entscheiden junge Menschen wie Laura mit, welchen Weg unsere Geschichte nehmen wird. Sie dürfen nicht einen Moment glauben, dass Ihre Freiheit, Ihr Wohlergehen und Ihr Moralkodex nur an die Grenzen Ihrer Gemeinde oder Ihres Landes gebunden sind. Sie müssen weit darüber hinaus denken. Sie können uns helfen, den Lauf der Geschichte zum Besseren zu wenden. Das haben uns die in Europa und in Amerika gemachten Erfahrungen gelehrt.

Ich sage das als Präsident eines Staates, der die in seinen Gründungsdokumenten niedergelegten Werte aus Europa übernommen und viel Blut vergossen hat, um sicherzustellen, dass diese Werte auf diesem Kontinent überleben konnten. Ich sage das auch als Sohn eines Kenianers, dessen Großvater noch Koch bei den Briten war, und als Mensch, der einmal in Indonesien lebte, als es sich von der Kolonialherrschaft befreite. Die Ideale, die uns verbinden, haben die gleiche Bedeutung für junge Menschen in Boston oder Brüssel, Jakarta oder Nairobi, in Krakau oder in Kiew.

Der Erfolg unserer Ideale kommt auch uns zugute – das zeigt sich doch beispielhaft an unserem eigenen Leben und an unserer eigenen Gesellschaft. Wir wissen, dass es immer Intoleranz geben wird. Aber anstatt Immigranten zu fürchten, sollten wir sie willkommen heißen. Wir müssen eine Politik betreiben, die vielen und nicht nur wenigen nützt; wir müssen dafür sorgen, dass die Globalisierung und die vielen sich bietenden Gelegenheiten den Benachteiligten und nicht nur den Privilegierten Vorteile bringen. Anstatt unsere homosexuellen und lesbischen Mitmenschen zu diskriminieren, sollten wir auch ihre Rechte durch Gesetze schützen. Anstatt uns von andern abzugrenzen, sollten wir die Sehnsüchte teilen, die wir gemeinsam haben. Das wird Amerika und auch Europa stärker machen. Das hat uns zu dem gemacht, was wir sind.

So wie wir als Personen Verantwortung tragen, müssen wir auch bereit sein, als Staaten Verantwortung zu tragen. Weil wir in einer Welt leben, in der unsere Ideale immer wieder durch Kräfte herausgefordert werden, die uns korrumpieren und in neue Konflikte treiben wollen. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass andere für uns kämpfen. Von der Politik Eurer Regierung und der Verwirklichung der Grundsätze der Europäischen Union, wird es abhängen, ob sich die internationale Ordnung, die so viele Generationen vor Euch erkämpft haben, weiterentwickeln oder untergehen wird.

Folgende Frage müssen wir alle beantworten – welches Europa, welches Amerika, welche Welt wollen wir zurücklassen? Ich glaube, wenn wir weiterhin mutig und entschlossen an unseren Prinzipien festhalten, wird die Hoffnung die Angst überwinden, und die Freiheit wird über die Tyrannei triumphieren, weil sich das menschliche Herz schon immer danach sehnt.

Danke sehr. [Beifall]

(Wir haben den schwülstigen, verlogenen Redetext mit großer Überwindung komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. In eckigen Klammern sind Reaktionen der Zuhörer vermerkt. Nach dem unverändert aus der World Socialist Web Site übernommenen nachfolgenden Kommentar drucken wir auch noch den Originaltext der Obama-Rede ab.)

Obamas Rede zur Ukraine: Propaganda und Lügen

Von Patrick Martin, 28. 03.14

(<http://www.wsws.org/de/articles/2014/03/28/obam-m28.html>)

Die Rede von US-Präsident Barack Obama am Mittwoch in Brüssel, war ein Aufruf zum Krieg der USA und der Nato gegen Russland. Obama versuchte mit einer Reihe von Lügen und Ausflüchten die Tatsachen zu verdrehen, um die amerikanischen und europäischen Imperialisten, die in der Ukraine einen Putsch von faschistischen Kräften unterstützt hatten, als Verteidiger von Demokratie und Frieden darzustellen.

Die Rede enthielt kaum etwas, was die arbeitende Bevölkerung in Europa oder den USA davon überzeugen könnte, dass ein Konflikt mit Russland ohne absehbares Ende in ihrem Interesse wäre. Das war auch nicht der Zweck der Rede, in der Obama eine Propagandalüge an die andere reihte. Er verließ sich fest darauf, dass es innerhalb der herrschenden Eliten der USA und Europas oder von ihren medialen Sprachrohren weder ernsthafte Kritik, noch Widerstand geben werde.

Obama versuchte, die Grundlage für eine umfassende Wende in der amerikanischen Außenpolitik zu formulieren – was einer seiner außenpolitischen Berater als "strategische Wende" hin zu einer Konfrontation mit Russland bezeichnete. Dabei verwendete er bewusst den Begriff, den das Weiße Haus auch für seine systematische Anti-China-Politik im Fernen Osten benutzt.

Ein Ziel dieser Strategie der Konfrontation ist es, eine neue politische Achse für die von den USA dominierte Nato aufzubauen, die aufgrund des fehlenden Rahmens des Kalten Krieges deutlich brüchig geworden ist.

Ein Großteil der Rede wurde für die seit langem diskreditierte Behauptung verwendet, der amerikanische Imperialismus und seine europäischen Verbündeten stünden für Demokratie, Freiheit und den Willen der Bevölkerung. Obama beschwor den Konflikt zwischen demokratischen Idealen und der autoritären Sicht, dass Ordnung und Fortschritt nur möglich seien, wenn Individuen ihre Rechte an einen allmächtigen Herrscher abgeben.

Aber diese Worte klingen recht hohl, wenn ein Präsident sie ausspricht, der für sich die absolute und unkontrollierbare Macht beansprucht, jede beliebige Person an jedem beliebigen Ort der Welt durch Drohnen ermorden zu lassen, und dessen Regierung sich das Recht anmaßt, E-Mails, Textnachrichten und Telefongespräche der ganzen Menschheit zu sammeln und zu lagern.

Kernpunkt der Rede war die Verurteilung von Russlands Vorgehen auf der Krim, die letzte Woche nach einem Referendum der Bevölkerung der Region an Russland angegliedert worden war. Obama erklärte: "Russlands Führung greift Wahrheiten an, die noch vor Wochen selbstverständlich waren: dass im 21. Jahrhundert die Grenzen in Europa nicht mit Gewalt neu gezogen werden können, dass das Völkerrecht gilt, dass Völker und Nationen selbst über ihre Zukunft entscheiden können."

Das sind jedoch genau die Prinzipien, auf denen alle amerikanischen Regierungen der jüngeren Geschichte herumgetrampelt sind: Als Beispiele wären der Nato-Bombenkrieg gegen Serbien von 1999 wegen dem Kosovo zu nennen, der mit der gewaltsamen Änderung der serbischen Grenzen und der Abtrennung des Kosovo endete; die Invasion im Irak

2003, die ein offener Verstoß gegen des Völkerrecht war; und auch in zahllosen anderen Vorfälle sind die USA auf den Rechten der "Völker und Nationen" herumgetrampelt, "selbst zu entscheiden," wenn diese Entscheidungen ein Problem für die Interessen des amerikanischen Imperialismus waren.

Die russische Regierung von Präsident Wladimir Putin wies auf die Heuchelei hin, mit der sich die USA und Europa über die Krim empören und nannte viele der oben erwähnten Beispiele; Obama versuchte daraufhin, Putins Argumente mit der Technik der "großen Lüge" zu entkräften.

Er wies jeden Vergleich zwischen der Krim und dem Kosovo zurück und stritt ab, dass der Kosovo ein Beispiel dafür sei, wie "der Westen sich in die Angelegenheiten eines kleineren Landes einmisch." Obama bekräftigte: "Die Nato ist erst eingeschritten, nachdem die Bevölkerung des Kosovo jahrelang systematisch misshandelt und ermordet wurde." Dabei ignorierte er, dass die USA und die europäischen Mächte, vor allem Deutschland, dafür verantwortlich waren, indem sie jahrelang den Zusammenbruch Jugoslawiens auf ethnischer Grundlage gefördert hatten. Im Kosovo finanzierten die USA die Gangster der Kosovo-Befreiungsarmee (UCK), die ihrerseits Verbrechen an der serbischen Bevölkerung verübte und jetzt, da sie an der Macht ist, die Roma und andere Minderheiten verfolgt.

Obama fuhr fort: "Russland hat Amerikas Entscheidung, im Irak einzumarschieren, als Beispiel für westliche Heuchelei genannt. Es stimmt allerdings, dass um den Irakkrieg leidenschaftlich gerungen wurde, nicht nur in aller Welt, sondern auch in den Vereinigten Staaten."

Im Vorfeld des amerikanischen Einmarschs im Irak gab es keine nennenswerte Debatte oder demokratische Diskussion. Der Krieg war das Ergebnis einer politischen Verschwörung. Die Bush-Regierung rechtfertigte den Krieg mit schamlosen Lügen über angebliche irakische Massenvernichtungswaffen und ein Bündnis mit Al Qaida, das nie existierte. Die Massendemonstrationen, in denen sich der Widerstand von Millionen Amerikanern und eines Großteils der Weltbevölkerung zeigte, wurden einfach ignoriert.

Obama behauptete, er sei gegen den Irakkrieg gewesen, versuchte dann aber, ihn und sein Ergebnis zu rechtfertigen. Er behauptete: "Selbst im Irak hat Amerika versucht, innerhalb des internationalen Systems zu arbeiten. Wir haben keinen Anspruch auf irakisches Staatsgebiet erhoben oder es annektiert. Wir haben seine Rohstoffe nicht zu unserem eigenen Vorteil an uns genommen. Stattdessen haben wir unseren Krieg beendet und den Irak seiner Bevölkerung als vollständig souveränen irakischen Staat übergeben, der Entscheidungen über seine Zukunft treffen kann."

In Wirklichkeit war der Krieg im Irak das bisher größte Verbrechen des 21. Jahrhunderts. Mehr als eine Million Iraker haben aufgrund des amerikanischen Einmarschs und der Besatzung ihr Leben verloren und die irakische Gesellschaft wurde zerstört. Die Bush-Regierung erklärte offen, dass die Genfer Konvention und das Völkerrecht weder im Irakkrieg noch in der vorherigen Eroberung und Besetzung Afghanistans gültig seien – eine Position, die die Obama-Regierung ebenfalls teilt.

Obama versucht, die Welt gegen die angeblichen Verbrechen Russlands auf der Krim aufzuhetzen, obwohl [zum Erscheinungszeitpunkt dieses Artikels] nur zwei Menschen getötet wurden (ein ukrainischer und ein russischer Soldat), gleichzeitig lehnt er eine Anklage gegen die amerikanischen Kriegsverbrecher ab, die für das immense Blutbad verantwortlich sind, das über die irakische Bevölkerung hereingebrochen ist.

Stattdessen entschuldigte der US-Präsident die monumentalen Verbrechen seiner eigenen Regierung mit der Aussage: "Natürlich halten sich weder die Vereinigten Staaten noch Europa immer zu hundert Prozent an ihre Ideale. Auch behaupten wir nicht, als einzige auf der Welt darüber entscheiden zu können, was richtig und was falsch ist."

Tatsächlich beansprucht die US-Regierung genau diese Rolle für sich. Eine Regierung nach der anderen erklärt, die USA seien "die unverzichtbare Nation," die einzige Supermacht, das Land, dessen Militär- und Geheimdienstapparat der Weltpolizist sein muss, und dessen Führer Immunität vor jeder Pflicht zur Rechenschaft für ihr Tun genießen.

Obamas Argumente waren nicht minder betrügerisch, als er die spezifischen Elemente der Lage in der Ukraine ansprach. "Ja, wir glauben an Demokratie mit freien und gerechten Wahlen, mit unabhängiger Gerichtsbarkeit und Oppositionsparteien, einer Zivilgesellschaft und unzensurierten Informationen, in der Menschen ihre eigenen Entscheidungen treffen können."

Aber in der Ukraine sind die USA und die Europäische Union auf der nationalen Souveränität herumgetrampelt, indem sie sich eingemischt haben und einen Putsch schürten, der zum Sturz des gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch führte und eine Regierung an die Macht brachte, die nicht der "Wahl" der ukrainischen Bevölkerung entsprach, sondern der von Washington.

Das hat das berüchtigte Telefonat zwischen Staatssekretärin Victoria Nuland und dem amerikanischen Botschafter Geoffrey Pyatt enthüllt, in dem sie sich über die Vor- und Nachteile von verschiedenen ukrainischen Politikern ausließen und sich schließlich für "Yats" entschieden - den neu ernannten Marionetten-Premierminister Arseni Jazenjuk.

Obama wies den Vorwurf, die USA würden in Kiew Faschisten unterstützen, zurück, indem er banal erwähnte, sein Großvater habe in General Pattons Armee im Zweiten Weltkrieg gegen die Nazis gekämpft, als wäre das irgendwie von Bedeutung. Die US-Regierung hat seit 1945 zahllose Faschisten und autoritäre Mörder unterstützt, von Franco in Spanien, über den Schah im Iran, Pinochet in Chile bis hin zu den Schlächtern des ägyptischen Militärs heute – um nur einige wenige zu nennen.

Obama erwähnte Ägypten in seiner Rede nicht und schwieg schuldbewusst darüber, dass die USA eine Junta unterstützen, die gerade 529 Anhänger der Muslimbruderschaft nach einem zweitägigen Schauprozess zum Tode verurteilt hat. Dies war eine bewusste und zynische Auslassung, da Obama von den demokratischen Bestrebungen in "Tunis und Tripolis" sprach, nicht aber vom Kairoer Tahrir-Platz.

Russlands Vorwürfe, die USA würden in Kiew mit Faschisten zusammenarbeiten, sind wahr. Vertreter der USA haben sich mehrfach mit Führern wie dem Chef der rechtsradikalen Partei Swoboda, Oleg Tjagnibok, getroffen, der eine Schlüsselposition im ukrainischen Kabinett einnimmt, außerdem mit Vertretern der Neonaziorganisation Rechter Sektor, die bei den Kämpfen zum Sturz der gewählten ukrainischen Regierung als Stoßtruppen gekämpft hatten. Insgesamt haben das US-Außenministerium und andere Behörden seit der Auflösung der Sowjetunion fünf Milliarden Dollar dafür ausgegeben, pro-russische Regierungen in der Ukraine zu schwächen.

Obamas Rede in Brüssel war der Versuch, eine aggressive, provokante und unkalkulierbar gefährliche Politik gegenüber Russland zu rechtfertigen. Das wahre Ziel des Vorgehens der USA in dieser Krise zeigte sich am Dienstag, als Obama Russland hämisch als "Regionalmacht" bezeichnete.

So äußert Obama sich natürlich nicht, wenn er Russlands Unterstützung beim Sturz der Assad-Regierung in Syrien sucht, oder bei der Einschüchterung des Iran oder der Isolation Nordkoreas. Aber es war seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion das Ziel des amerikanischen Imperialismus, seinen Einfluss im ganzen ehemaligen Ostblock auszudehnen - zuerst in den osteuropäischen Ländern, dann in den ehemaligen Sowjetrepubliken im Baltikum, dem Kaukasus und Zentralasien, und jetzt in der Ukraine.

Russland soll nicht nur auf den Status einer "Regionalmacht" reduziert werden, sondern auf den einer Halbkolonie, und von den imperialistischen Großmächten zerstückelt und aufgeteilt werden. In diesem Kontext wird klar, dass Obama, wenn er von Diplomatie spricht, die Kapitulation des russischen Regimes vor den Forderungen der USA und der EU meint.

Obama betonte in seiner neuen Rede, wenn Russland nicht in der Lage sei, die neuen Verhältnisse in Osteuropa zu akzeptieren, die der amerikanische und europäische Imperialismus geschaffen hat, müsste es mit noch härteren Wirtschaftssanktionen und politischer Isolation rechnen.

Im Rahmen dieser Politik verwandelt Washington die an Russland angrenzenden Regionen im Westen in ein Militärlager und schafft Bedingungen, unter denen jeder Funke oder jede Provokation zu einem militärischen Konflikt zwischen Atommächten führen könnte. An einer Stelle seiner Rede erwähnte Obama Artikel 5 der Nato-Charta, die alle Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, jedem Mitgliedsstaat zu Hilfe zu kommen, der angegriffen wird, darunter ehemalige Ostblockstaaten oder Sowjetrepubliken wie Polen, die baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien und Ungarn. Dabei handelte es sich um eine unterschwellige Kriegsdrohung.

Der Kampf gegen imperialistischen Militarismus und die Gefahr einer US- und Nato-Intervention in der Ukraine erfordert die unabhängige politische Mobilisierung der Arbeiterklasse auf internationaler Grundlage, und die Vereinigung der Arbeiter Nordamerikas, Europas und der ehemaligen Sowjetunion in einem gemeinsamen Kampf.



Remarks by the President in Address to European Youth

Palais des Beaux Arts, Brussels, Belgium

The White House, Office of the Press Secretary

For Immediate Release, March 26, 2014

(<http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/03/26/remarks-president-address-european-youth>)

PRESIDENT OBAMA: Thank you so much. Thank you. (Applause.) Please, please have a seat. Good evening. Goede avond. Bonsoir. Guten abend. (Applause.) Thank you, Laura, for that remarkable introduction. Before she came out she told me not to be nervous. (Laughter.) And I can only imagine -- I think her father is in the audience, and I can only imagine how proud he is of her. We're grateful for her work, but she's also reminding us that our future will be defined by young people like her.

Your Majesties, Mr. Prime Minister, and the people of Belgium -- on behalf of the American people, we are grateful for your friendship. We stand together as inseparable allies, and I thank you for your wonderful hospitality. I have to admit it is easy to love a country famous for chocolate and beer. (Laughter.)

Leaders and dignitaries of the European Union; representatives of our NATO Alliance; distinguished guests: We meet here at a moment of testing for Europe and the United States, and for the international order that we have worked for generations to build.

Throughout human history, societies have grappled with fundamental questions of how to organize themselves, the proper relationship between the individual and the state, the best means to resolve inevitable conflicts between states. And it was here in Europe, through centuries of struggle -- through war and Enlightenment, repression and revolution -- that a particular set of ideals began to emerge: The belief that through conscience and free will, each of us has the right to live as we choose. The belief that power is derived from the consent of the governed, and that laws and institutions should be established to protect that understanding. And those ideas eventually inspired a band of colonialists across an ocean, and they wrote them into the founding documents that still guide America today, including the simple truth that all men -- and women -- are created equal.

But those ideals have also been tested -- here in Europe and around the world. Those ideals have often been threatened by an older, more traditional view of power. This alternative vision argues that ordinary men and women are too small-minded to govern their own affairs, that order and progress can only come when individuals surrender their rights to an all-powerful sovereign. Often, this alternative vision roots itself in the notion that by virtue of race or faith or ethnicity, some are inherently superior to others, and that individual identity must be defined by "us" versus "them," or that national greatness must flow not by what a people stand for, but by what they are against.

In many ways, the history of Europe in the 20th century represented the ongoing clash of these two sets of ideas, both within nations and among nations. The advance of industry and technology outpaced our ability to resolve our differences peacefully, and even among the most civilized of societies, on the surface we saw a descent into barbarism.

This morning at Flanders Field, I was reminded of how war between peoples sent a generation to their deaths in the trenches and gas of the First World War. And just two decades later, extreme nationalism plunged this continent into war once again -- with populations enslaved, and great cities reduced to rubble, and tens of millions slaughtered, including those lost in the Holocaust.

It is in response to this tragic history that, in the aftermath of World War II, America joined with Europe to reject the darker forces of the past and build a new architecture of peace. Workers and engineers gave life to the Marshall Plan. Sentinels stood vigilant in a NATO Alliance that would become the strongest the world has ever known. And across the Atlantic, we embraced a shared vision of Europe -- a vision based on representative democracy, individual rights, and a belief that nations can meet the interests of their citizens through trade and open markets; a social safety net and respect for those of different faiths and backgrounds.

For decades, this vision stood in sharp contrast to life on the other side of an Iron Curtain. For decades, a contest was waged, and ultimately that contest was won -- not by tanks or missiles, but because our ideals stirred the hearts of Hungarians who sparked a revolution; Poles in their shipyards who stood in Solidarity; Czechs who waged a Velvet Revolution

without firing a shot; and East Berliners who marched past the guards and finally tore down that wall.

Today, what would have seemed impossible in the trenches of Flanders, the rubble of Berlin, or a dissident's prison cell -- that reality is taken for granted. A Germany unified. The nations of Central and Eastern Europe welcomed into the family of democracies. Here in this country, once the battleground of Europe, we meet in the hub of a Union that brings together age-old adversaries in peace and cooperation. The people of Europe, hundreds of millions of citizens -- east, west, north, south -- are more secure and more prosperous because we stood together for the ideals we share.

And this story of human progress was by no means limited to Europe. Indeed, the ideals that came to define our alliance also inspired movements across the globe among those very people, ironically, who had too often been denied their full rights by Western powers. After the Second World War, people from Africa to India threw off the yoke of colonialism to secure their independence. In the United States, citizens took freedom rides and endured beatings to put an end to segregation and to secure their civil rights. As the Iron Curtain fell here in Europe, the iron fist of apartheid was unclenched, and Nelson Mandela emerged upright, proud, from prison to lead a multiracial democracy. Latin American nations rejected dictatorship and built new democracies, and Asian nations showed that development and democracy could go hand in hand.

Young people in the audience today, young people like Laura, were born in a place and a time where there is less conflict, more prosperity and more freedom than any time in human history. But that's not because man's darkest impulses have vanished. Even here, in Europe, we've seen ethnic cleansing in the Balkans that shocked the conscience.

The difficulties of integration and globalization, recently amplified by the worst economic crisis of our lifetimes, strained the European project and stirred the rise of a politics that too often targets immigrants or gays or those who seem somehow different.

While technology has opened up vast opportunities for trade and innovation and cultural understanding, it's also allowed terrorists to kill on a horrifying scale. Around the world, sectarian warfare and ethnic conflicts continue to claim thousands of lives. And once again, we are confronted with the belief among some that bigger nations can bully smaller ones to get their way -- that recycled maxim that might somehow makes right.

So I come here today to insist that we must never take for granted the progress that has been won here in Europe and advanced around the world, because the contest of ideas continues for your generation. And that's what's at stake in Ukraine today. Russia's leadership is challenging truths that only a few weeks ago seemed self-evident -- that in the 21st century, the borders of Europe cannot be redrawn with force, that international law matters, that people and nations can make their own decisions about their future.

To be honest, if we defined our interests narrowly, if we applied a cold-hearted calculus, we might decide to look the other way. Our economy is not deeply integrated with Ukraine's. Our people and our homeland face no direct threat from the invasion of Crimea. Our own borders are not threatened by Russia's annexation. But that kind of casual indifference would ignore the lessons that are written in the cemeteries of this continent. It would allow the old way of doing things to regain a foothold in this young century. And that message would be heard not just in Europe, but in Asia and the Americas, in Africa and the Middle East.

And the consequences that would arise from complacency are not abstractions. The impact that they have on the lives of real people -- men and women just like us -- have to enter into our imaginations. Just look at the young people of Ukraine who were determined to take back their future from a government rotted by corruption -- the portraits of the fallen shot by snipers, the visitors who pay their respects at the Maidan. There was the university student, wrapped in the Ukrainian flag, expressing her hope that "every country should live by the law." A postgraduate student, speaking of her fellow protestors, saying, "I want these people who are here to have dignity." Imagine that you are the young woman who said, "there are some things that fear, police sticks and tear gas cannot destroy."

We've never met these people, but we know them. Their voices echo calls for human dignity that rang out in European streets and squares for generations. Their voices echo those around the world who at this very moment fight for their dignity. These Ukrainians rejected a government that was stealing from the people instead of serving them, and are reaching for the same ideals that allow us to be here today.

None of us can know for certain what the coming days will bring in Ukraine, but I am confident that eventually those voices -- those voices for human dignity and opportunity and individual rights and rule of law -- those voices ultimately will triumph. I believe that over the long haul, as nations that are free, as free people, the future is ours. I believe this not because I'm naïve, and I believe this not because of the strength of our arms or the size of our economies, I believe this because these ideals that we affirm are true; these ideals are universal.

Yes, we believe in democracy -- with elections that are free and fair; and independent judiciaries and opposition parties; civil society and uncensored information so that individuals can make their own choices. Yes, we believe in open economies based on free markets and innovation, and individual initiative and entrepreneurship, and trade and investment that creates a broader prosperity. And, yes, we believe in human dignity -- that every person is created equal, no matter who you are, or what you look like, or who you love, or where you come from. That is what we believe. That's what makes us strong.

And our enduring strength is also reflected in our respect for an international system that protects the rights of both nations and people -- a United Nations and a Universal Declaration of Human Rights; international law and the means to enforce those laws. But we also know that those rules are not self-executing; they depend on people and nations of goodwill continually affirming them. And that's why Russia's violation of international law -- its assault on Ukraine's sovereignty and territorial integrity -- must be met with condemnation. Not because we're trying to keep Russia down, but because the principles that have meant so much to Europe and the world must be lifted up.

Over the last several days, the United States, Europe, and our partners around the world have been united in defense of these ideals, and united in support of the Ukrainian people. Together, we've condemned Russia's invasion of Ukraine, and rejected the legitimacy of the Crimean referendum. Together, we have isolated Russia politically, suspending it from the G8 nations and downgrading our bilateral ties. Together, we are imposing costs through sanctions that have left a mark on Russia and those accountable for its actions. And if the Russian leadership stays on its current course, together we will ensure that this isolation deepens. Sanctions will expand. And the toll on Russia's economy, as well as its standing in the world, will only increase.

And meanwhile, the United States and our allies will continue to support the government of Ukraine as they chart a democratic course. Together, we are going to provide a significant

package of assistance that can help stabilize the Ukrainian economy, and meet the basic needs of the people. Make no mistake: Neither the United States, nor Europe has any interest in controlling Ukraine. We have sent no troops there. What we want is for the Ukrainian people to make their own decisions, just like other free people around the world.

Understand, as well, this is not another Cold War that we're entering into. After all, unlike the Soviet Union, Russia leads no bloc of nations, no global ideology. The United States and NATO do not seek any conflict with Russia. In fact, for more than 60 years, we have come together in NATO -- not to claim other lands, but to keep nations free. What we will do -- always -- is uphold our solemn obligation, our Article 5 duty to defend the sovereignty and territorial integrity of our allies. And in that promise we will never waver; NATO nations never stand alone.

Today, NATO planes patrol the skies over the Baltics, and we've reinforced our presence in Poland. And we're prepared to do more. Going forward, every NATO member state must step up and carry its share of the burden by showing the political will to invest in our collective defense, and by developing the capabilities to serve as a source of international peace and security.

Of course, Ukraine is not a member of NATO -- in part because of its close and complex history with Russia. Nor will Russia be dislodged from Crimea or deterred from further escalation by military force. But with time, so long as we remain united, the Russian people will recognize that they cannot achieve security, prosperity and the status that they seek through brute force. And that's why, throughout this crisis, we will combine our substantial pressure on Russia with an open door for diplomacy. I believe that for both Ukraine and Russia, a stable peace will come through de-escalation -- direct dialogue between Russia and the government of Ukraine and the international community; monitors who can ensure that the rights of all Ukrainians are protected; a process of constitutional reform within Ukraine; and free and fair elections this spring.

So far, Russia has resisted diplomatic overtures, annexing Crimea and massing large forces along Ukraine's border. Russia has justified these actions as an effort to prevent problems on its own borders and to protect ethnic Russians inside Ukraine. Of course, there is no evidence, and never has been, of systemic violence against ethnic Russians inside of Ukraine. Moreover, many countries around the world face similar questions about their borders and ethnic minorities abroad, about sovereignty and self-determination. These are tensions that have led in other places to debate and democratic referendums, conflicts and uneasy co-existence. These are difficult issues, and it is precisely because these questions are hard that they must be addressed through constitutional means and international laws so that majorities cannot simply suppress minorities, and big countries cannot simply bully the small.

In defending its actions, Russian leaders have further claimed Kosovo as a precedent -- an example they say of the West interfering in the affairs of a smaller country, just as they're doing now. But NATO only intervened after the people of Kosovo were systematically brutalized and killed for years. And Kosovo only left Serbia after a referendum was organized not outside the boundaries of international law, but in careful cooperation with the United Nations and with Kosovo's neighbors. None of that even came close to happening in Crimea.

Moreover, Russia has pointed to America's decision to go into Iraq as an example of Western hypocrisy. Now, it is true that the Iraq War was a subject of vigorous debate not just around the world, but in the United States as well. I participated in that debate and I oppo-

sed our military intervention there. But even in Iraq, America sought to work within the international system. We did not claim or annex Iraq's territory. We did not grab its resources for our own gain. Instead, we ended our war and left Iraq to its people and a fully sovereign Iraqi state that could make decisions about its own future.

Of course, neither the United States nor Europe are perfect in adherence to our ideals, nor do we claim to be the sole arbiter of what is right or wrong in the world. We are human, after all, and we face difficult choices about how to exercise our power. But part of what makes us different is that we welcome criticism, just as we welcome the responsibilities that come with global leadership.

We look to the East and the South and see nations poised to play a growing role on the world stage, and we consider that a good thing. It reflects the same diversity that makes us stronger as a nation and the forces of integration and cooperation that Europe has advanced for decades. And in a world of challenges that are increasingly global, all of us have an interest in nations stepping forward to play their part -- to bear their share of the burden and to uphold international norms.

So our approach stands in stark contrast to the arguments coming out of Russia these days. It is absurd to suggest -- as a steady drumbeat of Russian voices do -- that America is somehow conspiring with fascists inside of Ukraine or failing to respect the Russian people. My grandfather served in Patton's Army, just as many of your fathers and grandfathers fought against fascism. We Americans remember well the unimaginable sacrifices made by the Russian people in World War II, and we have honored those sacrifices.

Since the end of the Cold War, we have worked with Russia under successive administrations to build ties of culture and commerce and international community not as a favor to Russia, but because it was in our national interests. And together, we've secured nuclear materials from terrorists. We welcomed Russia into the G8 and the World Trade Organization. From the reduction of nuclear arms to the elimination of Syria's chemical weapons, we believe the world has benefited when Russia chooses to cooperate on the basis of mutual interests and mutual respect.

So America, and the world and Europe, has an interest in a strong and responsible Russia, not a weak one. We want the Russian people to live in security, prosperity and dignity like everyone else -- proud of their own history. But that does not mean that Russia can run roughshod over its neighbors. Just because Russia has a deep history with Ukraine does not mean it should be able to dictate Ukraine's future. No amount of propaganda can make right something that the world knows is wrong.

In the end, every society must chart its own course. America's path or Europe's path is not the only ways to reach freedom and justice. But on the fundamental principle that is at stake here -- the ability of nations and peoples to make their own choices -- there can be no going back. It's not America that filled the Maidan with protesters -- it was Ukrainians. No foreign forces compelled the citizens of Tunis and Tripoli to rise up -- they did so on their own. From the Burmese parliamentarian pursuing reform to the young leaders fighting corruption and intolerance in Africa, we see something irreducible that all of us share as human beings -- a truth that will persevere in the face of violence and repression and will ultimately overcome.

For the young people here today, I know it may seem easy to see these events as removed from our lives, remote from our daily routines, distant from concerns closer to home. I recognize that both in the United States and in much of Europe there's more than enough

to worry about in the affairs of our own countries. There will always be voices who say that what happens in the wider world is not our concern, nor our responsibility. But we must never forget that we are heirs to a struggle for freedom. Our democracy, our individual opportunity only exists because those who came before us had the wisdom and the courage to recognize that our ideals will only endure if we see our self-interest in the success of other peoples and other nations.

Now is not the time for bluster. The situation in Ukraine, like crises in many parts of the world, does not have easy answers nor a military solution. But at this moment, we must meet the challenge to our ideals -- to our very international order -- with strength and conviction.

And it is you, the young people of Europe, young people like Laura, who will help decide which way the currents of our history will flow. Do not think for a moment that your own freedom, your own prosperity, that your own moral imagination is bound by the limits of your community, your ethnicity, or even your country. You're bigger than that. You can help us to choose a better history. That's what Europe tells us. That's what the American experience is all about.

I say this as the President of a country that looked to Europe for the values that are written into our founding documents, and which spilled blood to ensure that those values could endure on these shores. I also say this as the son of a Kenyan whose grandfather was a cook for the British, and as a person who once lived in Indonesia as it emerged from colonialism. The ideals that unite us matter equally to the young people of Boston or Brussels, or Jakarta or Nairobi, or Krakow or Kyiv.

In the end, the success of our ideals comes down to us -- including the example of our own lives, our own societies. We know that there will always be intolerance. But instead of fearing the immigrant, we can welcome him. We can insist on policies that benefit the many, not just the few; that an age of globalization and dizzying change opens the door of opportunity to the marginalized, and not just a privileged few. Instead of targeting our gay and lesbian brothers and sisters, we can use our laws to protect their rights. Instead of defining ourselves in opposition to others, we can affirm the aspirations that we hold in common. That's what will make America strong. That's what will make Europe strong. That's what makes us who we are.

And just as we meet our responsibilities as individuals, we must be prepared to meet them as nations. Because we live in a world in which our ideals are going to be challenged again and again by forces that would drag us back into conflict or corruption. We can't count on others to rise to meet those tests. The policies of your government, the principles of your European Union, will make a critical difference in whether or not the international order that so many generations before you have strived to create continues to move forward, or whether it retreats.

And that's the question we all must answer -- what kind of Europe, what kind of America, what kind of world will we leave behind. And I believe that if we hold firm to our principles, and are willing to back our beliefs with courage and resolve, then hope will ultimately overcome fear, and freedom will continue to triumph over tyranny -- because that is what forever stirs in the human heart.

Thank you very much. (Applause.)

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern